

Frankosische Post

Erscheint 2mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonntag.

Bezugspreis: (mit Porto f. Auswärtige) 80 Rbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gebaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 8 Rbl., auf der 4. Seite 6 Rbl. Traueranzeigen 300 Rbl.

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Kirchenstr. 27, unter d. Deutsch. Realgymn. — Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen) von 11—1 Uhr vorm. (zu fragen nach H. Bauer).

Nr. 57.

Sonntag, den 29. August 1920.

12. Jahrgang.

Gesucht

zu Bewirtschaftung eines Sanoguts solider deutscher Kolonist, verheiratet. Näheres bei Dr. Djalowachow. Psychiatrisches Krankenhaus an der Kura. Elektrische Straße.

Ein „Geheimvertrag“ zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland?

Das in Paris erscheinende russische Blatt „Woslednija Nowosti“ (Beste Nachrichten), das zweifelsohne in materieller Abhängigkeit von der Entente steht und daher in Dingen, die Deutschland betreffen, wenig Glauben verdient, bringt die sensationelle Nachricht von einem „Geheimvertrag“, der jüngst zwischen dem Berliner Vertreter der Sowjet-Regierung, Wiktor Kopp, und der deutschen Regierung abgeschlossen worden sein und außer rein wirtschaftlichen auch die auswärtige Politik Deutschlands (Neutralitätserklärung) kompromittierende politische Abschnungen enthalten soll.

Die tschech. Zeitung „Grufia“ hat in ihrer Nummer vom vorigen Sonntag (22. 8.) den Inhalt dieses angeblichen Vertrages, gleichzeitig aber das Dementi Krasins nach dem genannten Blatt veröffentlicht. In ihrer Nummer vom vorigen Dienstag (24. 8.) bringt sie alsdann, offenbar nun doch an das Vorhandensein des apokryphen Dokuments glaubend, nähere Angaben über den Werdegang des „Geheimvertrages“, wiederum nach den „Woslednija Nowosti“, wobei sie unter anderem auch auf die Erklärung des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Simons in der Reichstagsführung vom 26. Juli Bezug nimmt.

Um die Feier der „Raut. Post“, welche von obiger Veröffentlichung in der „Grufia“ Kenntnis genommen haben, eines Besseren zu belehren, geben wir weiter unten einen Auszug aus dem Protokoll der betr. Reichstagsführung und der Fortsetzung dieser (am 27. u. 28. Juli), sowie Auszüge aus den Reden einiger Reichstagsabgeordneter und deutsche Pressstimmen zu der Erklärung Dr. Simons nach der „Rölnischen Zeitung“ wieder.

Es ist nicht anzunehmen, daß Dr. Simons sich nach einer solchen Erklärung gemüßigt gefühlt haben sollte, einen „Geheimvertrag“ mit Sowjet-Rußland des Inhalts abzuschließen, wie die „Woslednija Nowosti“ ihn ihm zuschreiben.

Zur politischen Lage.

Von der russisch-polnischen Front.

Das Kriegsglück hat sich, wie es scheint, gewandt. Die Russen haben nicht nur Warschau erobert, sondern eine bedeutende Niederlage nördlich von Warschau erlitten. Auch nördlich von B. sind sie zurückgedrängt worden. Das Gebiet zwischen den Flüssen Narew und Bug ist von der Roten Armee geräumt worden, wobei sie empfindliche Verluste erlitten hat. Lomża, Bjełostok, Siedlis und Brest Litowsk befinden sich wieder in den Händen der Polen. 70 000 Bolschewiki sind auf deutsches Territorium entwichen und hier entwaffnet worden. Mehr als 50 000 Russen sollen in polnische Gefangenschaft geraten sein. Die französische Presse äußert lebhafteste Freude über das Gelingen des polnischen Gegenangriffs, was um so verständlicher erscheint, als letzterer hauptsächlich auf

französischen Zuspruch und verstärkte französische Hilfe zurückzuführen sein dürfte. Man braucht natürlich den übertrieben klingenden Berichten über die „panisartige Flucht“ der Rotarmisten vor dem sie verfolgenden Gegner nicht voller Glauben zu schenken, aber daß der Mißerfolg derselben immerhin ein außergewöhnlicher ist, kann nicht bezweifelt werden, da der Heeresbericht der Sowjet-Regierung ihn selbst zugibt. Dafür haben jedoch die Russen, wenn man dem Bulletin des Preßbüros der Sowjet-Vertretung in Georgien vom 26. d. Mts. Glauben schenken darf, an der Südwest-Front einen Erfolg errungen, der gewiß nicht zu unterschätzen ist, nämlich die Einnahme der Hauptstadt des östlichen Galizien, Lemberg (Lwow), die ihnen nach erbittertem Kampfe zugefallen sein soll. Seinerzeit hieß es, daß mit Verlust dieser Stadt auch das Schicksal Warschaws besiegelt sein würde, mit anderen Worten — Polen gezwungenemmaßen kapitulieren müßte. Heute liegen die Verhältnisse auf dem Kriegsschauplatz freilich anders als damals, vor einigen Wochen, aber trotzdem bleibt für den die polnische Südfront verteidigenden Marschall Piłsudski die Gefahr bestehen, von hier aus im Rücken angegriffen und möglicherweise sogar umgangen zu werden. Die weitere Entwicklung der Ereignisse an der Front wird nicht lange auf sich warten lassen, und da wird es sich ja erweisen, inwiefern der Siegeslärm der französischen Presse berechtigt war oder nicht.

Von den Friedensverhandlungen in Minsk.

In demselben Maße, wie die Polen an der Front Erfolge erzielen, wird auch ihr Widerstand bei den Verhandlungen in Minsk energischer. Die russischen Friedensbedingungen, namentlich die Forderung der Verminderung der polnischen Heeresstärke bis auf die Höchstziffer 50 000 (Miliz, nicht reguläre Armee) bei Erhaltung einer russischen Heeresmacht an den Grenzen von 200 000 Mann, sowie die Forderung der Entwaffnung der poln. Bevölkerung und des Verzichts auf jegliche Art von militärischer Unterstützung seitens Frankreichs und der übrigen Entente-mächte, werden von der polnischen Friedensdelegation im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen als unannehmbar bezeichnet. Die Verhandlungen werden wohl noch fortgesetzt, aber wahrscheinlich werden sie scheitern, da die Sowjet-Regierung kaum geneigt sein wird nachzugeben, zumal ihr garnicht ernstlich daran gelegen zu sein scheint, mit Polen anders Frieden zu schließen, als wenn es sich bereit finden ließe, das Räte-System auch bei sich einzuführen.

Das Ergebnis der Besprechung Lloyd Georges mit Giolitti in Luzern.

Lloyd George, der sich zurzeit in Luzern zur Erholung befindet, hat hier eine Begegnung mit dem italienischen Ersten Minister Giolitti gehabt. Die polnische Frage stand dabei begrifflicherweise im Vordergrund des beiderseitigen Interesses. Wie verlautet, haben nun die genannten Staatsmänner sich endgültig davon überzeugt, daß die russischen Friedensvorschlüsse für Polen keineswegs annehmbar seien und daß daher der französische Standpunkt der einzig richtige sei, wonach Polen die größtmögliche Unterstützung gewährt werden müsse. Sollten die Bolschewiki ungeachtet dessen den Krieg mit Polen fortsetzen, so wäre es natürlich ausgeschlossen, überhaupt noch mit ihnen zu verhandeln. Die französische Regierung ist von dieser Verhängung sofort in Kenntnis gesetzt worden, und hat Millerand nicht ermangelt, seiner Freude

über sie in entsprechenden Devisen an Lloyd George und Giolitti Ausdruck zu verleihen. Wie eine spätere Meldung besagt, werden die russischen Delegierten Ramenow und Krafin London in diesen Tagen verlassen, und damit wäre denn die geplante Londoner Konferenz einstweilen einfällig geworden. Millerand wird demnächst selbst nach Luzern kommen, um mit Lloyd George das Weitere in der in Rede stehenden Angelegenheit zu besprechen.

Die Benützung des Danziger Hafens soll Polen gesichert bleiben.

Ämtlich wird von der franz. Regierung mitgeteilt, daß Lloyd George ihr die Mittheilung der englischen Regierung bei Sicherstellung der durch den Friedensvertrag von Versailles geschaffenen Rechte Polens auf die Benützung des Danziger Hafens zugelegt habe. Millerand hat daraufhin Reginald Tower, dem Obersten Kommissar der Freien Stadt Danzig, diesbezügliche Instruktionen im Namen der Beschlüßfasser-Konferenz gegeben lassen. Sie lauten, wie es heißt, sehr bestimmt, und zwar in dem Sinne, daß gemäß Art. 104 des Friedensvertrages Polen der Zugang zum Meer gesichert werden sei und daß, weil die Existenz Polens von dem Transitverkehr zu Wasser, d. h. auf der Weichsel, und zu Lande, d. h. auf der Eisenbahn Danzig-Warschau, abhängt, er, der Oberste Kommissar für die unbehinderte Überführung von Waffen und Munition, die für Polen bestimmt sind, Sorge zu tragen und im Widerstreitfall Zwangsmaßnahmen anzuwenden habe, soweit solche zu seiner Verfügung stünden. Letztere Anordnung klingt wie eine Bedrohung der deutschen Neutralität.

Zur Erklärung des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Simons betreffend den russisch-polnischen Krieg und den Bolschewismus.

Der Reichstag trat am 26. Juli zusammen, um zunächst die Berichte der Reichsregierung über die Verhandlungen und Ergebnisse von Spa anzuhören und im Anschluß an das Gebörte die politische Kritik sprechen zu lassen. Das Wort erhielt als erster der Reichskanzler Hehrenbach und nach ihm der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons. Letzterer sprach unter anderem auch über den russisch-polnischen Krieg, die Beziehungen Deutschlands zur russ. Sowjetregierung und die Arbeitsleistung der letzteren auf wirtschaftlichem Gebiet. Diese Ausführungen riefen im Laufe der Debatten viel Widerspruch hervor, und sahen sich infolgedessen der Reichskanzler und auch Dr. Simons selbst veranlaßt, zum Schluß noch einige zurechtstellende Erklärungen abzugeben, die in dem Bericht über die Sitzung des 28. Juli, wie wir ihn in der „Rölnischen Zeitung“ finden, wiedergegeben sind. Diese Erklärungen, namentlich aber die Ausführungen Dr. Simons in der Sitzung des 26. Juli, haben aber auch in der breiten Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt und sind dabei vielfach, besonders im Auslande, so auch hier in Georgien (vgl. „Grufia“ v. 22. und 24. d. Mts.), mißverstanden worden. Um weiteren Irrthümern vorzubeugen, wollen wir unsere Leser in nachstehendem mit obigen Ausführungen und Erklärungen sowie Stellen aus den wichtigsten Gegenseiten bekanntmachen.

In der Sitzung des 26. Juli führte Dr. Simons folgendes aus:

„Im russisch-polnischen Krieg wollen wir neutral sein, aber der Friedensvertrag macht uns das schwer. Wir lassen daher keinen Transport für die beiden Mächte durch unser Gebiet hindurch, jede Ausfuhr von Waffen und Munition dorthin haben wir verboten. Es sind Gerüchte laut geworden, daß die Neutralität durch Transporte von Truppen und Munition verletzt worden sei. Wir haben alles getan, um dieser Frage nachzugehen und unsrer Neutralität zu wahren, denn meiner Ansicht nach ist eine Neutralitätserklärung ein Akt, der früheren Verträgen vorgeht. Ich werde den Reichskanzler immer so beraten, daß wir die Bahnen der Neutralität streng innehalten. (Sehr richtig!) Die Reichsregierung hat am 25. Juli eine Verordnung erlassen, wonach die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen und Munition verboten wird. Allerdings haben wir die Pflicht, dem Verband eine große Masse von Material zur Verfügung zu stellen, aber dem Friedensvertrag widerspricht es, wenn es nach Polen eingeführt würde, denn nach dem Vertrag soll es zur Förderung ausgeteilt werden, aber nicht für Zwecke neuer Bajonettskämpfe. Der Hinweis, daß in dieser Neutralitätserklärung eine Anerkennung der Sowjetregierung liege, ist hinwiegend, denn die Sowjetregierung wurde von uns anerkannt in dem Augenblick, als wir in Brest-Litowsk mit ihr in Friedensverhandlungen eintraten, und seitdem ist in dieser Anerkennung keine Unterbrechung eingetreten, wenn wir auch seit der Ermordung des Grafen Mirbach die Beziehungen abbrechen. Ich glaube nicht, daß die Sowjetrepublik gegen Deutschland mit Worten und Branden vorgehen wird, denn was sie braucht, ist wirtschaftliche Unterstützung. Ich kenne selbst Tschitscherin und gehöre nicht zu denen, die in Rußland ein großes Chaos sehen. Eingehende Berichte beweisen mir, daß in Rußland eine enorme aufbauende Wirtschaft geleistet wird, eine Arbeit, an der wir gut täten, sie uns zum Muster zu nehmen. (Bewegung; Ruf rechts: Arbeitszwang!) Das Problem der Parallelisierung der gegeneinanderlaufenden Strömungen und der Vereinigung aller Kraftquellen wird in Rußland in einer Weise betrieben, das Sie vielleicht vor dieser Tatkraft des Wiederaufbaus hätten, wenn Sie sie kennen. (Adolf Hoffmann: Das hat ihr nicht erwartet!) Nun wird bisweilen gesagt, für Deutschland bestünde eine große Verdringung, sich Rußland in die Arme zu werfen, um sich dem Versailler Vertrag zu entziehen. Das ist nicht unsere Absicht, denn dann würde Deutschland das Schlachtfeld werden zwischen dem östlichen Bolschewismus und dem westlichen Imperialismus. (Sehr richtig!) Das würde für Deutschland Verhältnisse nach sich ziehen, wie wir sie im Dreißigjährigen Kriege nicht hatten. (Sehr richtig!) Wir wollen Polen ebenjowenig haben wie Rußland. Wir wollen keineswegs, daß Polen durch unsere Mitwirkung einfach von der Bildfläche verschwindet. Wir sind darauf angewiesen, mit Polen als

Nachbar zu leben, selbst wenn die nationalen Bedingungen des polnischen Staates sich so gestalten sollten, daß er nicht mehr ganz souverän ist. Aber ich glaube, daß Polen eine sehr trübe Zukunft haben wird, wenn es sich die Aufgabe stellt, die Barriere zwischen Deutschland und Rußland zu sein. Ich meine, es sollte lieber danach streben, eine Brücke zu werden zwischen den beiden Völkern. (Sehr richtig!) Deshalb beklage ich die Politik der Schikanen und Ungerechtigkeiten, die von Polen gegen uns getrieben wird. Die Besorgnis der französischen Presse, daß wir beabsichtigen, uns in diesen Krieg einzumischen, ist eine Schimäre. Ich bin begierig zu sehen, ob der Verband bei den neuen Friedensverhandlungen dieselben Fehler begehen wird wie in Versailles. Wenn er das tut, dann wird der Friede im Osten ein Kartenhaus werden, noch viel wackeliger als der Friede von Versailles“. (Lebhafte Zustimmung.)

In der Sitzung des 27. Juli kamen zunächst die beiden sozialistischen Parteien zum Wort. Der Mehrheitssozialist Stomper, Redakteur des „Vorwärts“, erklärte, der Sozialdemokratie habe die Simons'sche Rede in ihren großen Jähren gefallen. Er böhnte die Regierungsparteien, insbesondere die Deutsche Volkspartei, mit der Anfrage, ob sie dieselbe nicht durch Maueranschlag verbreiten wollten. Mebrigens bezog sich seine Kritik nicht so sehr auf die Auslassungen Dr. Simons betreffend die Beziehungen Deutschlands zu Sowjet-Rußland als vielmehr auf andere Teile seiner Rede, und konnten wir daher an dieser Stelle über sie hinweggehen. — Als Gegenstück hierzu war die Rede des „Unabhängigen“ Dr. Greiffenheid die vertiegtene Rundgebung eines fanatischen Literaten, wie die „Köln. Ztg.“ meint, der mit theatralischem Pathos das Loblied der internationalen Revolution sang. Er ging zum Schluß auf das Räte-Rußland über, zu dem er freundschaftliche Beziehungen wünschte. Aber Herr Dr. Simons werde bei solchem Streben mit Widerstand zu kämpfen haben, denn seine russischen Sachverständigen seien ein Getreidehändler aus Odessa und ein Vertreter des Bankhauses Mendelssohn! — Den sozialdemokratischen Rednern erwiderte Reichskanzler Dr. Simons u. a. folgendes: „Derr Sie sagte mir in Spa: Nehmen Sie sich in acht, das Sie nicht noch einmal Außenminister der Unabhängigen werden. (Heiterkeit.) Sollte jemals mein Ehrgeiz dahingegangen sein, so würde er durch den Trennungsrück den eben der Verebner gezogen hat, zerstört sein... Ein Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und mir bezüglich des Bolschewismus kann nicht konstruiert werden. Wenn der Reichskanzler davon sprach, daß wir unsere Truppen an der Grenze nicht zu stark vermindern könnten, um nicht dem Bolschewismus ausgeliefert zu sein, so hat er damit nicht die Idee des Bolschewismus gemeint, sondern die bolschewistische Truppenmacht. Die Neutralitätserklärung ist kein Zeichen der Ohnmacht, wie Herr Stomper meint; ein ohnmächtiger

Staat kann nicht neutral sein. (Sehr richtig!) So ohnmächtig sind wir jedenfalls nicht, daß wir nicht noch um uns schlagen könnten, wenn man uns daran hindern sollte, unsere Neutralität zu bewahren. (Beifall.) Einem Herrn, der mich jüngst auf die Gefahr aufmerksam machte, daß die russische Militärpartei Dünreufen besetzen konnte, erwiderte ich, daß sie dort auf eine harte Nuß zu sitzen hätte. Deutschland würde dann in die Lage kommen können, an der Seite des Verbandes und Polens gegen Rußland in den Krieg zu ziehen. Europa ist ein Pulverfaß, und man kann zu einem Kriege gezwungen werden, ohne daß man ihn will... Der Auffassung, daß nur der Sieg des Bolschewitentums zu einer Revision des Versailler Vertrages führen könne, muß ich entschieden widersprechen. Für mich ist die bolschewistische Macht eine Macht wie jede andere, und sie ist nicht berufen, die Welt zu erobern. Wenn sie auch äußerlich an den Grenzen fortgeschritten ist, so ist sie innerlich schon zum Teil erledigt. Die ursprünglichen Formen der bolschewistischen Bewegung sind jetzt schon dem Absterben sehr nahe. (Sehr richtig!) Das Bolschewitentum ist wie eine freßende Flamme, es verzehrt, was es erreicht, und läßt nur Asche hinter sich. Es gibt kein andres Mittel, um sich diesen Brande zu entziehen als die Entzündung eines Gegenfeuer. Dieses Gegenfeuer kann nicht bestehen im Militarismus oder in politischen Maßnahmen, sondern in einer überlegenen Idee, im richtig aufgestellten Sozialismus, der nicht die Beseitigung des Unternehmertums erstrebt, sondern die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter.“ (Beifall.) (Fortsetzung folgt.)

„Die Russen werden die deutsche Grenze nicht überschreiten!“

In einer Unterredung, mit einem Mitarbeiter der „Nat. Ztg.“ äußerte jüngst Viktor Kopp, der Berliner Vertreter der russ. Sowjet-Regierung, u. a.: „Ich möchte dem weitverbreiteten Glauben entgegenreten, daß wir nach Dünreufen oder überhaupt nach Deutschland einmarschieren wollen. Wir wollen solches aus zwei Gründen nicht. Erstens würde dieser Einmarsch den Krieg mit einem Land bedeuten, mit dem wir im Frieden leben und mit dem wir die wirtschaftlichen Beziehungen aufzunehmen dringend wünschen. Zweitens aber konnte ein russischer Einmarsch in Dünreufen unmittelbar die schärfste nationale Reaktion in Deutschland hervorrufen, u. das liegt sicherlich nicht in unserer Absicht. Wir denken nicht daran, in ein Land einzudringen, mit dem wir enge wirtschaftliche Beziehungen herbeiwünschen.“ — Im Zusammenhang hiermit sei nachstehende Aeußerung der „Noten-Fahne“, des Sprachbuchs der deutschen Kommunisten, wiedergegeben: „Wir deutschen Kommunisten haben stets er-

Fenilleton.

Wahrpruch.

Alter Spinoza, redlichster und mutigster aller Denker, du hast schon vor zweihundert Jahren in ihrer ganzen Nacktheit die große Wahrheit hingekelt, daß jeder Mensch und folglich auch jedes Volk gerade nur soviel Recht hat, als er oder es Macht besitzt („Unusquisque tantum juris habet, quantum potentia valet“). Dieser Satz gibt eine granitne Grundlage ab für eine richtige für die allein richtige Politik.

R.Kp. Johannes Scherr.

Die Schergen Koltischaks.

(26. 5. 18 bis 19. 12. 19.)

Von Alice Schalet (Wien).

(Fortsetzung.)

Die neuerlich Eingesperrten und in ihrer Hoffnung so grauam Betroffenen bekamen nun aber auch keine Löhnung mehr. Die Soldaten wurden in die Kohlengraben zur Zwangsarbeit kommandiert, ein Trupp von fünf-hundert Mann beispielsweise drei Tage weit ohne Verpflegung zu einem Schacht gefahren, wo sie erst nach der ersten Achthundensdicht zu essen bekamen. Kleider und Befestigung wurden von der Löhnung abgezogen und ho-

ber berechnet als auf dem Markte, trotzdem beides so schlecht war, daß man die Kleider nur schaudernd anlegen, die Kost nur mit Elst hinunterwürgen konnte. Trotzdem man immer hungrig war, Tabak und Butter nicht kannte, vom Körper die Gewandstücke hängen lassen mußte, steckte jeder in Schulden. Als dann einmal eine Revolte ausbrach, wurde als Strafe statt des Achthundentages eine bestimmte Arbeitsleistung vorgeschrieben, nämlich die tägliche Forderung von vier Waggons. Wer wegen Krankheit und Unterernährung die geforderte Menge nicht abliefern konnte, durfte nicht ausfahren, auch wenn es zwölf, vierzehn, sechzehn Stunden dauerte; meldete sich einer zur Marodenliste, so hatte er dafür Sonntags amerikanische Kohlenwaggons auf dem Bahnhof zu verladen, je vier Mann einen Wagon.

Die Offiziere wurden zwar nicht zur Zwangsarbeit geschleift, doch die Not trieb auch sie zum Ernwerb, und gar mancher unter ihnen entpuppte sich dabei als ein Robinson Crusoe. Ohne Werkzeuge, Werkstätten und technische Hilfsmittel wurden Zigarettenshilfen, Schachteln, Metallpumpen, kosmetische Artikel, Pulver, Zahnpulver und Bürsten erzeugt und fanden sogar in entfernten Nachbarstädten willige Käufer. Es entstanden Druckerien, Scherereien und Topfereien, die mit Holzbearbeitung vertrauten Tiroler Kaiserjäger fertigten die reizendsten Zigarettendosen und ein Bankbeamter aus Agram fabrizierte Siegelwachs, Knochenschnitten wurden als Stifetten für Medizinflaschen bedruckt und — schließlich im Dreifarbenzuck —

binnen zwei Monaten in einer Anzahl von einer Million an Apotheken abgesetzt, die überhaupt das beste Absatzgebiet waren.

Jede Sachkenntnis wurde bewertet und, wie überall in Zeiten der Not, als Auszeichnung betrachtet, die ihren Träger zum Herrn machte. Gar mancher Offizier wurde zum Angestellten seines bisherigen Vorgesetzten, jeder Kopf eines Betriebes oder hieß „Unternehmer“ — es gab auch Pflanzengesellschaften — und sein Mitarbeiter „Kuli“. Bezahlt wurde im Stücklohn, der sich nach den Lebensmittelpreisen richtete, wobei ein Pfund Butter als Maß galt. Die dritte und fast wichtigste Kategorie waren die „Vertreter“, die infolge ihrer Kenntnis der russischen Sprache und ihres hochtalentierten den Kundendienst — Einkauf von Rohstoffen und Lebensmitteln und Vertrieb der Fertigwaren — bejorgten. Ganz Rußland war damals wie von einem Netz von Spekulanten und Händlern überzogen, und so entwickelte sich rasch auch innerhalb des Lagers Schieberalente, die gleichzeitig mit dem Mangel aufsuchten und dadurch benutzten, daß jede Situation die zu ihr gehörenden Väter ganz von selbst erzeugt. So war beispielsweise die Beleuchtung nach dem Verlegen des Petroleumes die Hauptfrage des Lagers. Zuerst brannte man Kerzen, dann rangige Butter, schließlich Pflanzensett. Als endlich der letzte Vorrat ausgegangen und man gezwungen war, mit Anbruch der Dunkelheit Arbeitslicht zu machen, gab es plötzlich wieder Paraffin. Was war geschehen? Einer der Gefangenen hatte es geknastert und entwickelt sich

Märt und erklären es auch heute noch, daß die deutsche proletarische Revolution allein unsere, der deutschen Arbeiter, Sache ist und daß sie für Hilfe der Roten Armee Sowjet-Rußlands durchgeführt werden kann. Wir wissen uns darin mit unieren siegreichen russischen Brüdern durchaus einig. Die Russen werden die deutsche Grenze nicht überschreiten. Sie werden der deutschen Gegenrevolution nicht den Gefallen tun, einen Vorwand zum Angriff auf Rußland und zur Einrichtung der Militärdiktatur in Deutschland zu geben." — Diese Erklärungen stehen in vollem Einklang mit dem Inhalt eines Telegramms, welches Tschitscherin kürzlich an Kopp gerichtet haben soll und in welchem letzterem der Auftrag erteilt worden sei, die deutsche Regierung in unabweisbarer Weise dessen zu verständigen, daß die Sowjet-Regierung nicht im entferntesten daran denke, in Deutschland einzubrechen. Alle diesbezüglichen Gerüchte beruhen auf bewußter Unterstellung seitens der Entente.

Wofür kämpfen die Russen und wie hilft die Entente sich aus der Verlegenheit?

Die bedenkliche Lage Polens ist natürlich auch für den Pariser "Temps" ein Gegenstand ersten Ranges. Hierbei nun sucht er sich vor allem Klarheit über die "russische Frage" zu verschaffen und zieht zum Schluß für die weitere Entwicklung derselben zwei Möglichkeiten in Erwägung: "Entweder ist das wahre Ziel der russischen Generale die Wiederherstellung der Monarchie — dann besteht die Gefahr einer Verständigung zwischen ihnen und den "Junkern in Dürrenstein", oder die Russen kämpfen wirklich für die Weltrevolution — dann werden sie in Polen eine Sowjet-Regierung einsehen, und die Verbündeten werden unter gewissen Umständen auf den alten deutschen Militarismus zur Abwehr des neuen bolschewistischen Militarismus rechnen müssen. Das sind nicht gerade beruhigende Aussichten. Sie werden nicht besser durch den Beschluß der deutschen Regierung, zwischen Sowjet-Rußland und Polen neutral zu bleiben. Denn damit — erkennt ja Deutschland die Sowjet-Regierung tatsächlich als kriegführende Macht an und gibt zu verstehen, daß es sich als im Frieden mit ihr lebend betrachtet und gegen eine Benennung der deutschen Eisenbahnen durch die Verbündeten für Hilfenleistungen nach Polen Einspruch erheben würde..." Aber das genannte Blatt tröstet sich damit, daß es der Hoffnung Ausdruck gibt, "es werde kein Aktionsmittel gegen die Bolschewisten vernachlässigt werden", wobei es von sich aus besonders empfiehlt: "die Beschlagnahme des russischen Goldes, welches die bolschewistische Propaganda bei den Bundesgenossen (Frankreich) nährt". — Das "Journal des Debats" bereitet die Auffassung, daß trotz der unlegbaren

Schwierigkeiten noch nicht alles verloren sei und daß es dem polnischen Patriotismus "nach ausreichender Ermütligung durch die Verbündeten" gelingen müßte, die Bolschewisten zurückzuwerfen. Auch die "Information" betrachtet die Lage noch nicht als aussichtslos. Sie hofft, daß "die siegreichen russischen Heere nach Moskau zurückfließen und dem bolschewistischen Regime ein Ende machen werden".

Vord d'Abernon.

Der neue englische Gesandte in Berlin.

Die Berufung hervorragender Finanzspezialisten zu Gesandten Frankreichs und Englands in Berlin zeigt mit besonderer Deutlichkeit, ein wie hohes Gewicht diese beiden Hauptmächte der Entente auf eine gründliche Sondierung unseres Wirtschaftslebens und seiner Hilfsquellen legen, da hiervon in erster Linie die Realisierung der französisch-englischen Entschädigungsforderungen abhängt.

Es ist unter diesen Umständen von großem Interesse, die Persönlichkeiten, die die Entente zu ihren Geschäftsträgern in Deutschland bestimmt hat, näher kennen zu lernen, da man aus ihnen grundsätzliche Schlüsse auch auf die sachlichen Gesichtspunkte der Entente ziehen können wird. Das Tatsachenmaterial, das aus dem Leben des englischen Gesandten vorliegt, ist geeignet, mit den schwärzesten Verstärkungen hinsichtlich seiner Geschäftspraktiken zu erfüllen. Von einem Manne wie Vord d'Abernon, der mit allen Wassern gewaschen ist, darf man erwarten, daß er die Forderungen der extremsten Richtungen in Frankreich und England erfüllen und mit scharfsinniger Gewandtheit aus Deutschland das Beste herauspressen wird.

Bevor Vord d'Abernon in den Ranken erhoben wurde, trug er den Namen Sir Edgar Vincent. Er begann seine Laufbahn als Offizier in der Garde der Königin Victoria, dank seiner schönen Gestalt. Um 1882 war er Mitglied der internationalen Kommission zur Abklärung der griechisch-türkischen Grenze. Er zeichnete sich dort in so hohem Maße aus, daß er die Aufmerksamkeit seiner Regierung erregte. Später finden wir ihn in Ägypten wieder, wo er mit einer wichtigen Finanzkommission und mit der Leitung einer großen Bank, nämlich der anglo-ägyptischen, betraut war. Von dort aus überredete er ungefähr ums Jahr 1890 nach Konstantinopel, wo er eine ausschlaggebende Rolle als englischer Bevollmächtigter bei der türkischen öffentlichen Schuldenverwaltung als Generaldirektor der kaiserlich-ottomanischen Bank und Administrator der meisten großen fremden Unternehmungen, die in der Türkei konfessioniert waren, spielte.

Während seiner Tätigkeit in Konstantinopel spielten sich die beklagenswerten Vorgänge ab. Es handelte sich um den "allbekanntesten Skandal der kaiser-

lich-ottomanischen Bank, der seinerzeit in ganz Europa Aufsehen erregte. Sir Edgar Vincent bewaunte seine Stellung als Generaldirektor dieses mächtigen Finanzinstituts sowie die weitgehenden Vollmachten, die ihm von London und Paris aus übertragen waren, dazu, um das Geschäft mit den "Transvaal-Minen" zu schließen, ein ungeheurer Bluff, der mit einem Niefentrach endete. Die bei dieser Gelegenheit von der kaiserlich-ottomanischen Bank ausgegebenen Aktien genossen sofort die größte Gunst des Publikums, bei dem Vincent als eine unfehlbare Finanzautorität galt. Seitdem er selber für einige hunderttausend Mark Aktien gekauft hatte, stieg der Kurs derselben rapide. Raum hatte die Bluffe ihren Höhepunkt erreicht, so verkaufte der geschickte Finanzmann seine eigenen Aktien, wobei er natürlich eine Million verdiente. Inzwischen wuchsen die beunruhigenden Gerüchte, und eine ungeheuerliche Panik setzte ein. Vergebens räumte das bankrottig erregte Publikum die Schalter der Bank, um seine Einlagen zurückzugeben. Die kaiserlich-ottomanische Bank, die natürlich tief in das Geschäft verwickelt war, stand unmittelbar vor dem Konkurs. Sie mußte in aller Eile 20 Millionen in Gold auszahlen, die man aus Paris kommen ließ.

Der Urheber dieses Zusammenbruchs, der so viele Erschrecken auf dem Gewissen hatte, hielt es nicht einmal für nötig, Konstantinopel zu verlassen, sondern blieb unter dem Schutze der Kapitulation ruhig dort, bis ihm schließlich ein Revolverattentat nahelegte, daß es für ihn in Konstantinopel doch wohl nicht mehr recht geheuer sei.

Das sind einige Züge aus der Vergangenheit des Mannes, den England jetzt als seinen Schuldeneintreiber nach Deutschland geschickt hat. Man darf sicher sein, daß es dem finanziellen Gesicht des neuen Botenführers gelingen wird, auch die letzten Reste des deutschen Wirtschaftslebens für die Entente nutzbar zu machen.

(Zügl. Rundschau.)

Waffenkundgebungen der Weichselgemeinden gegen polnische Ansprüche.

Der "Polnischen Zeitung" wurde aus Marienwerder unter dem 22. Juli gemeldet, daß gegen die Forderung der Polen betreffend die Abtretung eines so schmalen Gebietes streifen längs der Weichsel, wodurch sie das ihnen im Versailler Friedensvertrag zugesicherte Recht der Stromregulierung und Verbesserungsarbeiten in eine Gebietshöhe umwandeln wollen, die Bewohner der Weichselgemeinden, die bekanntlich mit überwältigender Mehrheit für Deutschland gestimmt haben, Waffenkundgebungen veranstalteten. Von dem nächsten Grenzort Rausenau bis zu dem am Einflusse der Rogat gelegenen Weichselberg hatten sich die deutsch sowie die polnischsprechenden Einwohner versammelt, um ihren einmütigen Protest in folgender Erklärung kundzutun: "Das weichselnische Volk hat sich durch seine Abstammung für den Anschluß an Preußen und den für alle Zeiten unauflösbaren Zusammenhang mit dem Reiche entschieden. Diese klare und durch einmütige Volksentscheidung ergäht ein besonderes Gewicht durch die Artikel der deutschen Reichsverfassung, die den fremdsprachigen Völkern den Schutz ihrer freien vollständigen Entwicklung, ihrer Muttersprache und ihrer vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit zusichert. Die wirtschaftliche und geographische Lage der an der Weichsel gelegenen Gemeinden verbietet die gewaltsame Auslösung einzelner Gemeinden aus dem natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhang und bestehenden Reichverband. Einig mit dem gesamten weichselnischen und preussischen Abstammungsgebiet, erklären die am 21. Juli versammelten Bewohner der Weichselniederung, daß sie auch die kleinste Gebietsabtretung an Polen als eine Verletzung des von den alliierten und assoziierten Mächten feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechtes der Völker und als eine Verletzung des Geistes des Friedensvertrages von Versailles ansehen werden." Diese Willenserklärung trägt die Unterschrift von mehr als 4000 Frauen und Männern, unter ihnen auch von solchen, die bei der Volksabstimmung für Polen gestimmt haben. — Der Berichterstatter bemerkt zum Schluß seiner Mitteilung: "Der Zutritt zur Weichsel und die Benützung des Stromes als Schiffsfahrtsstraße zum Dirschauer nur dadurch ermöglicht, daß das rechte Weichselufer bei Deutschland verbleibt, und nicht etwa neben dem alten, bestehenden Eisenbahnkorridor noch

unter den Heimgesetzten befindet und es selbst hier erzählt, zurück. Die Deutschen erklärten sich sogar bereit, die vielen tschechischen Leibesgefährten, die sich als treue Kameraden u. gute Osterreicher gezeigt hatten u. scharfliche Angst vor der Legion empfanden, zu verteidigen, aber Unbewaffnete gegen Bewaffnete — das war ein ungleicher Strauß. Die Tschechen gingen inzwischen sämtlich durch, verflochten sich in der Stadt, im Wald, bei den Bauern, manche ließen sich unter den Fußboden einnageln und einige verbargen sich in Dingerhäusern. Aber die sogenannte "Befreiung der tschechischen Brüder" wurde mit unachtsamer Beharrlichkeit durchgeführt, ständig spitzelten "Legionäre" im Lager umher — bei welchen "Wiltierungen" alles geplündert und geraubt wurde, was nicht niert und nagelfest war — und wen sie dabei auffindeten, der wurde bis zur Verurteilung festgeprägt. Den tschechischen Landknechten wurden die Gewehre unter die Nase gehalten, die Söhnen und wie Käber aneinandergesetzt und, als der Kommandant ihnen zu bedenken gab, daß es sich doch um ihre "Brüder" handle — wie zum Lohn auf solche Duranne nannten sich nämlich alle "Legionäre" untereinander "Brüder" — drohten sie ihm mit dem Niederschießen. Vier Tschechen kamen ins Spital — wie Lazarus saßen sie aus — und die Hälfte der in den Listen geführten wurde gleich anfangs entdeckt.

(Schluß folgt.)

zum mit bestem Erfolg zum Preistreiber.

Die Stellung der tschechischen Wachen zu diesen Betreibern war zeitweilig geradezu grotesk. Sie geleiteten als "Komitee" des Morgens die Gruppe der "Betreiber" in die Stadt und ließen sie beim Bazar frei, wofür sie feste Lizen zwischen 5 und 20 K. erhoben. Voraussetzung war, daß man unter ihrer Bedeckung wieder gemeinsam zurückkehrte.

Mitte Juni 1919 kam nun die gewalttätige Refurrierung aller in den Lagern zurückgebliebenen Tschechen und Slaven, die zwangsweise in die "Legion" eingereicht werden sollten: Bis her hatte sie sich ja nur aus den Ueberbleibseln zusammengesetzt, die doch — soweit ihre dankbare Heimat sie jetzt auch feiert — die schlechtesten Elemente waren, weil Betrüger fast niemals Helden sind; nun sollten alle heran, auch Deutsche, die tschechische Namen trugen. Unter allem Furchtbaren, was der Krieg den Geängerten gebracht hat, war diese Mobilisierung die ärgste Probe auf ihre Nerven, traf sie auch am härtesten die tschechischen Genossen. Der Protest gegen sie beim schwedischen Roten Kreuz und Konsulat — der einzigen Zentren der Kriegesgefangenen in Sibirien — blieb ergebnislos, so außerordentliche Dienste deren stets mit tiefster Verehrung genannte Betreuer Graf Bonde und Herr Sedergren ihnen bisher auch geleistet hatten.

Den Befehl, alle Tschechen an einem bestimmten Tage flüchtig zu machen, wies der österreichische Lagerkommandant von Tomst, Oberleutnant Hans D., der sich jetzt

ein neuer Schiffsfahrkorridor geschaffen wird. Es muß auf das nachdrücklichste gefordert werden, daß die notwendigen Lebensbedingungen Schiffsbesatz nicht noch weiter beschränkt werden, zumal gerade die Besatzbevolkerung nicht mehr gemüßigt ist, sich weiter, durch nichts zu rechtfertigende politische Forderungen gefallen zu lassen."

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

„Diese Ausführungen eines deutschen Studenten der Nationalökonomie, der das Unglück hatte 1914 in französische Kriegsgefangenschaft zu geraten.“ — so bemerkt die Redaktion der „Post“ (H.), welcher wir diesen Bericht entnehmen, in der Einleitung zu demselben — erzählen aus eigener Erfahrung und der von Schiffsaltsgegnossen von der Art und Weise, wie die Wiederaufbauarbeit in Nordfrankreich geleistet wird. Sie illustrieren die wohnenden Sachverhalte der französischen Offiziellen und der ihnen ergebenden Presse von den heroischen Anstrengungen zum Wiederaufbau Nordfrankreichs der Franzosen — Ananiten, Senegalesen und Chinesen. Das Solidaritätsgefühl der Franzosen, die Frankreich regieren, mit diesen Vorkriegsgegnossen geht soweit, daß sie lieber farbige Hausleier verwenden als deutsche Arbeitskräfte. Aber das ist ihre Sache. Die Art und Weise jedoch, wie die Gelder und Kräfte beim Wiederaufbau verwandt werden, ist unangenehm all derer, auf die Frankreich bei anderen Fragen sich angewiesen fühlt. Es kann für eine Welt, deren wirtschaftliche Zusammenhänge immer klarer hervortreten, nicht gleichgültig sein, ob ein nicht geringer Teil der aufgewendeten Mittel im „Straßengraben verschwindet“ oder ob in zielbewußt rationaler Arbeit die grassierenden Spuren des Krieges in Nordfrankreich ausgelöscht werden.“

Der Bericht lautet wie folgt:

„Der Gedanke der reiflichen Verjährung der Kriegsschäden durch Deutschland ist infolge einer gewissenlosen Propaganda von oben dem französischen Volke in Fleisch und Blut übergegangen. „Deutschland bezahlt's“, ist die unerschütterliche Leberzeugung der breiten Masse, die bei ihrer völligen Kritiklosigkeit seinen Augenblick über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Zahlung nachdenkt. Dieses blinde Vertrauen auf die deutschen Zahlungen hat auch seinen großen Teil Schuld an der herrschenden „vague de paresse“, die selbst vom Ministerfisch herab demangiert worden ist. Dieses Wort hat übrigens dem Kredit Frankreichs in Amerika viel geschadet, sodas ein anderer Minister die Inaktivität seines Vorgängers dementieren mußte. Aber sie brüht, diese Faulheitswelle. Frankreich ist ein müder Rede, der nach vier Jahren wilden Ringens sich hinsetzt und die Früchte seines Sieges genießen will. Das gilt ganz besonders vom früheren Ramwigebiet, wo noch eine Art fatalistische Gleichgültigkeit hinzutritt, eine ausbäumende Erkenntnis der Stippshausarbeit, wie sie der gegenwärtige Wiederaufbau ist. Im Gegensatz zu hochtrabenden Ministerproben von der ungeheuren Energie, dem ungetroffenen Mut, der Arbeitsfreudigkeit, mit der die Geschädigten das zerstörte, zerstörte Land wiederanzurichten suchten, eine Leistung, die die Welt in Erstaunen setze, muß mit allem Nachdruck betont werden, daß ein großer Teil der ehemaligen Bewohner dieser Gebiete den Kampf gegen die Zerstörung gar nicht aufgenommen, sondern anderwo Heim und Lebenserwerb gesucht hat, daß die Zurückgebliebenen und Zurückgekehrten nur lässig arbeiten und daß infolge der staatlichen Arbeitsmethoden der Wiederaufbau nur äußerst langsam vor sich geht.“

„Die zum Wiederaufbau notwendigen Vorarbeiten hat der französische Staat selbst übernommen. Diese sogenannten Vorkriegsarbeiten umfassen die Aufräumung des Schuttes, des Materials, der Munition, der Drahtverhaue, Schützengräben, die Bedachung der Häuser, Aufstellung von Baracken usw. Die Aufgabe ist enorm. Zu ihrer Bewältigung ist ein rein bürokratisches System eingeführt worden, ein ungeheurer Beamtenapparat, der von wirtschaftlicher Rentabilität weit entfernt ist. Die zehn zerstörten Provinzen sind im Aufbau selbständig. Jedem Präfekt steht ein „Ministère des Régions libérées“ zur Seite; diesem unterstehen die einzelnen Distriktsbüros, die hierarchisch bis zur einzelnen Gemeinde herabgehen. In diesem schwerfälligen, fast zentralisierten Apparat herrscht eine große Zerfahrenheit, ein häufiges Gegeneinanderarbeiten, besonders der militärischen und zivilen Stellen, deren Be-

reiche oft ineinandergreifen. Dazu nur ein Beispiel: Der Kriegsmünster fordert Beschleunigung der Aufräumung der Munition, der Aufbauminister Beschleunigung in der Errichtung der Wohnungen und provisorischen Unterfunststätten. Die Feuerwerker kommen der Anweisung nach, indem sie die Ladungen der Sprengungen verfrachten; die Arbeiter, indem sie möglichst leicht provisorisch bauen. Die Wirkung ist, daß infolge der starken Detonationen die luftigen Konstruktionen wie Kartenhäuser zusammenfallen. Der bekannte Mangel an Organisations-talent zeigt sich hier in hervorleuchtender Weise. Arbeiten werden maßlos begonnen und halbzeitig liegen gelassen. Wichtige Notarbeiten müssen hinter zeit- und geldverschwendenden Gelegenheitsarbeiten zurückbleiben. Arbeitskräfte werden geschickt, ohne daß Unterfunst für sie vorhanden ist, nicht einmal Handwerkzeug und Material. Dem ungeheim zahlreichen Beamtenpersonal mangelt es sehr an der notwendigen Kompetenz. Vor allem findet man in den mittleren und unteren Stufen eine ganz willkürliche Vergebung der Anstaltsstellen an Unbefähigte. Viele derartige Posten sind mit früheren Soldaten besetzt, die natürlich mit der Arbeit wenig vertraut sind. Auch sehr viele Zivilisten, die aus irgendwelchen Gründen nicht mehr arbeiten wollen, führen in diesen Stellen ein beschauliches und einträgliches Dasein. Die Folge ist eine große Interessenlosigkeit und Arbeitsmüde.“

Den niedrigen Arbeitsleistungen stehen gewaltige Ausgaben gegenüber. Das Distriktsbüro in St. Mihiel gab im letzten Herbst selbst zu, in einem Monat 850 000 Francs Löhne und Gehälter ausgezahlt zu haben, während der wirkliche Wert der Arbeitsleistung auf 50 000 Francs geschätzt wurde. Deutschland bezahlt's! In einem Dorf der Aisne sollte ein fübrender eisenbetonierter Unterfund besichtigt werden. Anstatt diesen durch eine berechnete Ladung Dynamit zu sprengen, wie die Feuerwerker vorschlugen, entschied man sich, ihn mit Pickel und Schaufel abzubreaken. Infolgedessen arbeiteten vier Mann drei Monate lang, und der Unterfund kostete über 4000 Francs. Im gleichen Ort war eine Straßenbaukolonne von zehn Mann, deren Tätigkeit darin bestand, auf einer Entfernung von fünf bis sechs Kilometer die Weeger und Vertiefungen auszufräsen. Die Arbeit wurde so „geschickt“ ausgeführt, daß die Straße dauernd ein wabriges Gegeben blieb und schmutziger war und unpassierbarer als je. So ging es den ganzen Winter hindurch, während sich die Steine angefahren waren, um die Straße im Frühjahr ganz neu zu decken. Auch hier eine nutzlose Ausgabe von täglich über 100 Francs. Diese zwei Beispiele unter Tausenden.“

Wenn schon die französischen Arbeiter von der allgemeinen „vague de paresse“ angeheftet sind, so gilt dies in weit größerem Maße von den ausländischen. Portugiesen, Malteser, Polen, Elässer, Belgier, Ananiten, Chinesen überfluteten das Land, angelockt von Werbebüros unter „Verbeugung hoher Löhne und Vergünstigungen. Aber den meisten tut die Anwerbung halb leid, die Wirklichkeit erweist sich ganz anders als die Versprechungen. Unterbringung und Verpflegung der fremden Arbeiter ist äußerst mangelhaft; während des Winters Massenquartiere und Küchen. Das Schlechteste ist gut genug für die Ausländer: von hygienischen Einrichtungen keine Spur. Und das sind Bundesgenossen! Da kann man sich denken, mit welcher Entrüstung die Franzosen die Bedingungen für die Teilnahme deutscher Arbeiter am Wiederaufbau laßen: Unterbringung in Zimmerwohnungen, hygienische Anlagen, Unterhaltungsräume, Sportplätze usw. Das die Arbeit der Ausländer unrentabel ist, würde des öfteren anerkannt. Nebenbei sind sie eine Gefahr, ja wie z. B. die Chinesen eine Plage für das Land. Selbstverständlich erziehen sie sich nicht nur großer Mißachtung, sondern tiefster Verachtung, aus der die Bevölkerung kein Wohl macht.“

Es ist begreiflich, daß das Regierungsprogramm des Wiederaufbaus anders lautet als die Tatsachen. Aber es kommt weniger auf das Programm selbst an, als auf die Durchführung. Und diese steht mit ersterem oft in schreiendem Widerspruch. Auch die amtlichen Berichte über den Fortschritt des Wiederaufbaus bedürfen einer Kritik. So meldete „Sovos“ kürzlich, nach einer Mitteilung des Präfekten der Somme, daß der Wiederaufbau des Sommerhalbjahrs selbst rasche Fortschritte. Ein Viertel der Häuserwände sei aufgeräumt. Die Trümmer der Städte Amiens, Reims und Ham seien vollständig weggeschafft. Von 25 000 im Sommergebiet zerstörten Häusern seien 8200 vollständig

wiederge stellt und 10 000 Unterfunststätten provisorisch errichtet worden. Von 1200 zerstörten Fabriken seien 230 wieder vollständig und 400 teilweise wieder in Betrieb. Nun muß man zuerst wissen, daß das ganze vom Krieg besetzte Gebiet in drei Zonen eingeteilt ist, nach dem Grade der Zerstörung. Die sogenannte rote Zone bilden die Gebiete, die infolge jahrelanger Kämpfe völlig verwüstet sind. An ihren Aufbau wird vorerst nicht gedacht. So rühren die oben erwähnten Zahlen aus den beiden milder zerstörten Zonen her; bei Berücksichtigung der Verhältnisse kann man daher von raschen Fortschritten nicht reden. Man sehe sich einmal Verdun, Reims, Noyon, Chauny, Peronne, Lens an und unterzeuge, ob die geleistete Arbeit im Verhältnis zur aufgewandten Zeit und den Mitteln steht. Alles bis jetzt Getane macht trotz der ungeheuren Summen, die ausgegeben worden sind, den Eindruck des Halben, des Notdürftigen.“

Neben der Verschleuderung des Geldes steht eine solche der Arbeitskraft. Arbeitsmethoden, ein rationelles Ausnutzen der Arbeitskraft kennt der Franzose nicht. Die bürokratischen Prinzipien entsprechend gibt es keine Arbeitsarbeit. Meist werden weit mehr Arbeiter angestellt, als zur Erledigung einer Arbeit nötig sind, ebenso ist das Gegenteil der Fall. Auch die Verschleuderung des ohnehin schon minderwertigen Materials ist außerordentlich. Dabei muß der Privatmann dem Staate die höchsten Preise dafür zahlen. Der privaten Initiative sind die Hände auf alle mögliche Weise gebunden durch Mangel an Geld, an Material und an Arbeitskräften. Aber selbst, wenn alles vorhanden ist, darf ein einzelner seine Ruinen nicht eber aufbauen, als bis zahllose Kommissionen endlose Schadenersatzansprüche nicht verflücht gehen will. So sind Tausende von reparierbaren Häusern im Laufe des letzten Jahres unter dem Einfluß der Witterung zusammengefallen, während die vorhandenen Kräfte zur Erledigung weit mehr dringender Arbeiten verwandt werden.“

Selbstverständlich hat die bisherige Regierungsmethode die schärfste Kritik durch die Betroffenen erfahren; sie fand ihren Höhepunkt in den im letzten Herbst in Paris verabschiedeten Generalhaften der befreiten Gebiete, einer Art Verschwerdeparlament, das der Regierung ein förmliches Ultimatum stellte. Aber eine durchgreifende Besserung ist daraufhin auch nicht eingetreten. Wie stiefmütterlich diese Gebiete behandelt werden, zeigt auch das Finanzministerium des Ministers Marjal, der, um sich beim Parlament gut einzuführen, das Budget seines Vorgängers kloß dadurch reduzierte, daß er den größten Teil der für die zerstörten Gebiete eingestellten Vorposten strich.“

Die ursprünglichen Friedensbedingungen für Deutschland.

In der französischen Deputiertenkammer erklärte am 25. Juni d. J. der Abgeordnete Tardieu, infolge einer Pariser Meldung des Volkswirtschaftlichen Zet. Büros vom Tage darauf, daß zu Beginn der Friedensverhandlungen im Januar 1919 als Friedensbedingungen für Deutschland folgende aufgestellt werden sollten: Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund; keine interalliierte Besetzung des Rheinlandes, höchstens eine französische Besetzung für die Dauer von 15 Monaten; die Kohlengruben im Saar becken sollten nicht in den Besitz Frankreichs übergehen; auch sollte die Bevölkerung im Saargebiet keinem besonderen Regime unterworfen werden; Deutschland sollte nur 40% aller Schäden an Menschen und an Gütern zahlen; nach 30 Jahren sollte es frei von allen Lasten sein; außerdem sollte Deutschland die Berechtigung zugelassen werden, die Hälfte der Entschädigungssumme in Papier zu zahlen; Deutschland sollte frei darüber beschließen können, ob es sich mit Deutschland vereinigen wolle. „Das alles“, sagt Tardieu hinzu, „hat Clemenceau verhindert!“

Doch wenn hat er dadurch gerührt? Frankreich? Der Entente? Dem Weltfrieden??

Herausgeber der Z.B. des Verbandes der transl. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion das Red-Komitee.